

«Typisch für das System Schweiz AG»

Dass Unternehmer wie jüngst bei Trump in der Schweizer Aussenpolitik mitmischen, habe eine lange Tradition, sagt der Historiker Sacha Zala. Interview: René Donzé

NZZ AM SONNTAG: *Im Zollstreit mit den USA haben Schweizer Wirtschaftsführer für den Durchbruch gesorgt und nicht die Diplomatie. Erstaunt Sie das?*

SACHA ZALA: Absolut nicht. Das ist in der Schweiz der Normalfall. Als Historiker sehe ich das im Kontext einer langen Tradition.

Ah ja?

Die Aussenpolitik der Schweiz war im Kern schon immer primär eine Aussenhandelspolitik. Früher lag diese in der Hand von Kaufleuten, die auch als Milizdiplomaten dienten. Aus Händlern speiste sich das weltweite System der schweizerischen Honorarkonsulate des 19. Jahrhunderts. Wir haben also eine sehr lange aussenpolitische Praxis, bei der wirtschaftliche Interessen immer im Vordergrund standen.

Mittlerweile aber verfügt die Schweiz über eine professionelle Diplomatie.

Und doch wurde unser Milizsystem grundsätzlich nicht infrage gestellt. Im Schweizer Selbstverständnis wird es als richtig und wichtig betrachtet, dass wirtschaftliche Partikularinteressen in der Politik und der Diplomatie vertreten sind – auch nur schon deshalb, weil der Verwaltung das nötige Wissen oft fehlt. Bundesrat Delamuraz setzte in den 1990er Jahren bewusst auf gemischte Delegationen aus Politik und Wirtschaft und baute damit eine aktive Besuchsdiplomatie mit den Schwellenländern in Asien und Südamerika auf. Oft war der Präsident des Vororts dabei, des Vorläufers des Wirtschaftsverbandes Economiesuisse. Auf unserer Datenbank Dodis haben wir zahlreiche Dokumente aus dem Bundesarchiv publiziert zu diesen Reisen. Die Verflechtungen sind seit je sehr eng. Das ist typisch für das System «Schweiz AG».

Es ist jedoch ein Unterschied, ob die Politik wirtschaftliche Interessen in ihre Diplomatie einbindet, oder ob Unternehmer als eigenständige Akteure auftreten, wie jetzt bei Donald Trump.

Ja, aber es war schon früher so: Wenn es politisch brenzlich wurde, spielte die Wirtschaft schon immer eine aktive Rolle. Das Aussendepartement war traditionell sehr schwach aufgestellt. Die Macht war bei der Handelsabteilung geballt, dem heutigen Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco). Und hier standen die Türen für die Unternehmen immer weit offen.

Zum Beispiel?

Etwa beim Uhrenstreit zwischen den USA und der Schweiz ab den 1950er Jahren. Damals hatte die Schweizer Uhrenindustrie nahezu ein Monopol in den USA. Um dieses aufzubrechen, erhob Washington hohe Zölle und lancierte ein Anti-Trust-Verfahren. Bei den diplomatischen Verhandlungen mit den Amerikanern waren dann selbstverständlich auch Vertreter der Uhrenindustrie aktiv. Was lustigerweise das Bild eines Uhrenkartells zusätzlich verstärkte.

Auch bei der Interhandel-Affäre Mitte des letzten Jahrhunderts lief es ähnlich, wie Dokumente Ihrer Forschungsstelle zeigen. Die USA hatten damals Vermögenswerte der Schweizer Firma Interhandel beschlagnahmt, weil diese aus der Nazi-Firma IG Farben hervorgegangen war. Auch da arbeiteten die Schweizer Wirtschaft und der Staat für eine Lösung eng zusammen.

Das ist so. Dieser Fall zeigt aber auch, wie die offizielle Schweiz damals massiven politischen Schaden in Kauf nahm, um dubioses Privateigentum zu schützen. Das hat Sand ins Getriebe der Beziehungen zu den USA gestreut.

Offenbar waren damals die Chefs der Schweizerischen Kreditanstalt und des Bankvereins bei Bundesrat Max Petitpierre. Da wurden hinter verschlossenen Türen Strategien abgesprochen, ohne dass die Öffentlichkeit etwas davon erfahren hätte.

Sacha Zala

Der Historiker ist Direktor der Forschungsstelle Dodis und Professor an der Universität Bern. Er beschäftigt sich unter anderem mit der Aussenpolitik der Schweiz und ihren Beziehungen zu den USA.



Vermutet enge Absprachen mit dem Bundesrat: Der Historiker Sacha Zala.

Richtig, Interhandel ist ein gutes Beispiel für dieses Zusammenspiel.

Sie haben erwähnt, dass Wirtschaftsverbände wie der Vorort in die Handelsdiplomatie einbezogen wurden. Beim derzeitigen Zoll-Deal aber blieben diese aussen vor. Agiert haben milliardenschwere Unternehmer. Ist das ein Paradigmenwechsel?

Das ist eine interessante Beobachtung. Es hat schon eine etwas andere Dimension. Das liegt ein Stück weit wohl auch am erratischen Verhalten des US-Präsidenten, dem man offensichtlich mit etwas Bling-Bling besser gerecht werden kann als mit gewöhnlicher Handelsdiplomatie. Jetzt sprechen einige von Korruption und empören sich.

Sie nicht?

Empörung ist keine wissenschaftliche Kategorie. Als Historiker versuche ich bloss zu verstehen, wie es dazu gekommen ist. Erfahren werden wir das dann in dreissig Jahren, wenn die Akten dazu öffentlich werden. Bei Donald Trump muss ich gestehen, dass ich bislang Schwierigkeiten habe, seine Politik einzuschätzen. In der Geschichtsforschung versuchen wir,

die tiefen Strömungen der Entwicklungen zu begreifen – jenseits der unruhigen Wellen an der Oberfläche. Trump wirbelt vor allem viele Wellen auf.

Was würden Sie aufgrund Ihrer Erfahrung und Ihres Wissens aus Schweizer Akten sagen: Wie eng war in diesem Fall der Austausch zwischen den Unternehmern und dem Seco?

Ich gehe davon aus, dass es eine enge Absprache mit dem Bundesrat gegeben hat.

Parlamentarier sind verärgert, dass die Unternehmer wohl mehr gewusst hätten als sie selbst. Müsste da nicht der Primat der Politik gelten?

Selbstverständlich, aber auch diese Frage lässt sich nur mit einer gewissen Distanz einordnen. Unsere demokratische Ordnung macht es für die Verantwortungsträger sehr schwer, rasch zu handeln, weil ihre Handlungen ständig durch das Parlament und gar durch das Volk bestätigt werden müssen. Manchmal muss aber die Diplomatie schnell agieren. Bis zu den 1990er Jahren herrschte, wenn es um wirtschaftliche Interessen der Schweiz ging, sowohl im Parlament als auch in der Bevölkerung der Grundkonsens, dass diese den Vorrang haben. Deshalb störte sich auch kaum jemand an solchen Achsen zwischen Wirtschaft und Politik: Wenn etwas gut für die Wirtschaft war, dann war es auch gut für das Land. Dieser Konsens wurde aber mit dem EWR-Nein 1992 über den Haufen geworfen.

Liegt die grosse Macht der Wirtschaft in der Aussenpolitik auch daran, dass die Schweiz aussenpolitisch ein Zwerg ist, aber wirtschaftlich ein Riese?

Genau! Die Strategie der Schweiz bestand lange Zeit darin, sich mit der Neutralität politisch kleinzumachen, um wirtschaftlich zu expandieren. Doch jetzt ist sie in den USA Opfer des eigenen Erfolgs geworden und musste eine Lösung finden. Es ist daher nicht verwunderlich, dass die Wirtschaft massgeblich dazu beigetragen hat.

«Dem US-Präsidenten kann man mit etwas Bling-Bling besser gerecht werden.»